

Presse- Information

**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt**
Bezirksverband
Ostwestfalen-Lippe

Marktstraße 8 • 33602 Bielefeld
Telefon 05 21 – 938 40-0
Fax 05 21 – 938 40-99

Sven Bönnemann 0160 – 96 94 72 59
stellv. Regionalleiter Westfalen

Sabine Katzsche-Döring
Bezirksvorsitzende

bielefeld@igbau.de
www.igbau.de

9. Juni 2022



Foto: IG BAU | Tobias
Seifert

[Das Bild ist in Druckqualität
angehängt.]

Der Abdruck des Fotos im Zusammenhang
mit diesem Artikel ist honorarfrei.
Ein Foto-Nachweis ist nicht erforderlich.]

Bildunterzeile

Eisenflechter beim Wohnungsneubau: Damit trotz steigender Baupreise mehr bezahlbarer Wohnraum in der Region entsteht, fordert die IG BAU Ostwestfalen-Lippe zusätzliche Anstrengungen von der Politik.

IG BAU sieht Defizit beim sozialen Wohnungsbau | „Stärker auf Umbau setzen“

Kreis Minden-Lübbecke: 840 neue Wohnungen im vergangenen Jahr gebaut

Vom Eigenheim bis zum Mehrfamilienhaus: Im Kreis Minden-Lübbecke wurden im vergangenen Jahr 840 neue Wohnungen gebaut. Das teilt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) unter Berufung auf aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes mit. Danach flossen in den Neubau Investitionen in Höhe von rund 216 Millionen Euro. „Zusätzliche Wohnungen sind ein wichtiger Beitrag gegen steigende Mieten. Wichtig ist dabei das bezahlbare Segment. Und es kommt vor allem darauf an, dass im sozialen Wohnungsbau noch mehr getan wird“, sagt Sabine Katzsche-Döring.

Die Bezirksvorsitzende der IG BAU Ostwestfalen-Lippe sieht insbesondere die Politik in der Pflicht. Der Wohnungsbau in der Region könne nur dann Power zeigen, wenn in Berlin und Düsseldorf die richtigen Weichen gestellt würden. „Die Bundesregierung hat 400.000 neue Wohnungen pro Jahr versprochen. Ein Viertel davon sollen Sozialwohnungen sein. Von diesem Ziel ist die Ampel-Koalition noch weit entfernt. Hier ist aber auch die Landespolitik gefordert“, so Katzsche-Döring. Im vergangenen Jahr sind laut Statistik bundesweit lediglich 293.400 neue Wohnungen entstanden – 4,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Zudem erschweren knappe Baumaterialien, steigende Energiepreise, Inflation und steigende Bauzinsen derzeit den Neubau, so die Gewerkschaft. Hinzu kämen ein hoher Fachkräftebedarf und unzureichende staatliche Förderungen.

Um vor allem „den lahmenden Bau von Sozialwohnungen voranzubringen“, schlägt die IG BAU ein „Sonderpaket sozialer Wohnungsbau“ vor. Die Mehrwertsteuer auf Sozialwohnungen solle von 19 auf sieben Prozent abgesenkt werden. Der Bau einer staatlich geförderten Wohnung würde nach Angaben der Gewerkschaft so um zehn Prozent günstiger. „Außerdem müssen Bund und Länder dringend das Baurecht vereinfachen. Es wird höchste Zeit, dass Genehmigungsverfahren schlanker und schneller werden. Zwischen Bauantrag und Baubeginn geht oft wertvolle Zeit verloren“, betont Katzsche-Döring.

Die IG BAU-Bezirksvorsitzende verweist auf eine enorme Chance, um zusätzlichen Wohnraum zu gewinnen: den Umbau bereits bestehender Gebäude. „Im Kreis Minden-Lübbecke schlummert ein großes Potential in der Umnutzung von Altbauten. So lassen sich bei vielen Wohngebäuden, Büro-, Geschäfts- und Parkhäusern Dachetagen aufstocken. Dazu kommt – durch mehr Homeoffice – der Umbau von Büros zu Wohnungen.“ Gerade auch mit Blick auf den steigenden Wohnraumbedarf für die Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine geflüchtet sind, müssten alle Möglichkeiten genutzt werden.

An die Adresse der heimischen Baubranche macht die Gewerkschafterin deutlich: „Viele Firmen suchen dringend Fachkräfte, um die Aufträge bewältigen zu können. Aber qualifizierte Maurer und Zimmerleute gewinnt nur, wer anständige Löhne zahlt und gute Arbeitsbedingungen bietet.“ Baubeschäftigte sollten sich nicht unter Wert verkaufen und auf einer tariflichen Bezahlung bestehen. Genug zu tun gebe es allemal, so Katzsche-Döring.